

NACHRICHTEN

Syrien-Gruppe baut Militärhilfe für Rebellen aus

BÜRGERKRIEG Die Syrien-Kontaktgruppe hat eine rasche Ausweitung der Militärhilfen an die Rebellen beschlossen. Die Außenminister von elf westlichen und arabischen Staaten kamen in Doha überein, die Unterstützung über den pro-westlichen Obersten Militärrat abzuwickeln. Die Teilnehmer, darunter auch Bundesaußenminister Guido Westerwelle, folgten einem Vorschlag der USA. Ausdrücklich wird in dem Beschluss darauf hingewiesen, dass es jedem Land selbst überlassen bleibe, wie es die Aufständischen im Kampf gegen Präsident Baschar al-Assad unterstützen wolle. So hat Deutschland im Gegensatz zu anderen Mitgliedern der Kontaktgruppe Waffenlieferungen kategorisch ausgeschlossen.

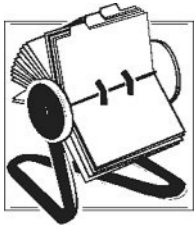
Barclays soll deutsche Behörden geprellt haben

STEUERN Die britische Großbank Barclays soll Aktiengeschäfte dazu genutzt haben, mit Handlungspartnern der deutschen Fiskus jahrelang um bis zu 280 Millionen Euro pro Jahr zu schädigen. Diesen Verdacht äußerte das Bundesfinanzministerium in einem Schreiben vom Mai 2012 an die Obersten Finanzbehörden der Länder, schreibt die „Süddeutsche Zeitung“. Staatsanwaltschaftliche Ermittlungen gegen Bankmitarbeiter gebe es derzeit nicht, aber ein Prüfverfahren der Finanzbehörden. Die Barclays Bank erklärte der Zeitung, sie habe in Einklang mit den Gesetzen gehandelt. Das Bundesfinanzministerium hatte das Steuerschlupfloch erst 2012 geschlossen.

Bundesverfassungsgericht will Auskunft zu Mollath

MÜNCHEN – Das Bundesverfassungsgericht hat das bayerische Justizministerium um Stellungnahme zur umstrittenen Psychiatrie-Einweisung des Gustl Mollath gebeten. Ein Sprecher des Ministeriums bestätigte einen entsprechenden Bericht der «Süddeutschen Zeitung». Auch die Bundesanwaltschaft wurde dem Bericht zufolge zur Stellungnahme aufgefordert. Die Behörden haben bis zum 23. Juli Zeit, sich zu äußern. Ein Anwalt hatte im Januar 2012 Verfassungsklage wegen mangelnder Verhältnismäßigkeit der Unterbringung Mollaths eingereicht und seine Beschwerde vor kurzem erweitert. Der Fall hatte bundesweites Aufsehen erregt. Der heute 56-jährige Mollath war 2006 in die Psychiatrie eingewiesen worden.

WIEDERVORLAGE



Unser Land und seine Bundeswehr

In der vergangenen Woche gab es einen bemerkenswerten parlamentarischen Widerhall zum Titelthema „Die ungeliebte Armee“ in der „Welt am Sonntag“ der vergangenen Woche: Der nordrhein-westfälische Landtag führte auf Antrag der FDP-Fraktion eine Grundsatzdebatte über die Wertschätzung der Bundeswehr. Es gab überschwängliche Respektbekundungen von der oppositionellen CDU und FDP („Danke, dass wir Deutschland dienen“) und eher zurückhaltende, pflichtgemäße Bekenntnisse zur Bundeswehr von der rot-grünen Regierungsseite sowie der Piratenpartei. Bei den Grünen konzentrierte man sich darauf, die aktuelle Katastrophenhilfe der Soldaten in den Hochwassergebieten ausdrücklich zu würdigen.

In diesem Zusammenhang sorgt die umstrittene Preisverleihung „Aachener Friedenspreis“ an Schulen, die per Schulkonferenzbeschluss den Kontakt mit der Bundeswehr strikt ablehnen, für zusätzliche Aufwallungen, auch außerhalb von Nordrhein-Westfalen. Einen solchen Beschluss des Robert-Blum-Gymnasiums in Berlin-Schöneberg hält die Senatsverwaltung für rechtlich nicht bindend und betont einen Dialog mit der Bundeswehr. Das ist dem Berliner CDU-Abgeordneten Tim-Christopher Zeelen zu seinem Anliegen. „Die Senatsverwaltung ein „stärkeres Bekenntnis“ zur Bundeswehr.“ Kristian Frigeli

Der Schein des Feuers zuckt durch die Nacht in Rio de Janeiro. Gespeist wird die wütende Flamme von selbst gemalten Plakaten, dem Abfall aus einem nahe stehenden Mülleimer und ein paar alten Zeitungen aus dem nahe gelegenen Kiosk. Das flackernde Licht erhellt die umstehenden Gesichter. Bruna, 27, steht in der Menge und unterhält sich mit ihrer Nachbarin. „Wir wollen, dass sich etwas ändert“, sagt die angehende Rechtsanwältin. „Wir wollen, dass diese unendliche Korruption, die dieses Land lahmliegt, endlich ein Ende hat. Wir wollen wissen, was die Politiker mit unserem Geld machen.“

VON TOBIAS KÄUFER
AUS RIO DE JANEIRO

In São Paulo sind derweil die Graffiti-Sprayer unterwegs. Sie markieren im Schutz der Nacht die Mauern der Stadt mit dem immer gleichen Spruch: „Contra o Aumento“ – gegen die Fahrpreiserhöhung, steht überall zu lesen, eilig in roter Farbe auf die Wände gesprüht. Das letzte Wort ist dabei noch einmal mit einer schwungvollen Linie unterstrichen, als wäre die leuchtende Botschaft nicht schon so eindrucksvoll genug. Studentin Mariana Spinola, 19, hat sich ihren Protest auf die Stirn geschrieben. 3,20 steht in violetter Farbe auf ihrer Haut. Die Zahlen sind durchgestrichen. Es ist der Fahrpreis, den sie nicht akzeptieren will. Die Jugend Brasiliens rebelliert. In jeder Stadt tut sie es auf ihre eigene Weise. Mal sucht sich die Wut eine kreative Ausdrucksform wie in Porto Allegre, wo sich die Studenten als lustige Clowns verkleidet haben und dennoch zornig durch die Straßen ziehen. Oder es wird gefährlich wie in Rios Stadtteil Barra de Tijuca, dem Stadtplaner eine rosige Zukunft vorherzusagen. Hier haben in der Nacht Plünderer das Kommando übernommen. Ladenbesitzer, die ihr Hab und Gut nicht schnell genug in Sicherheit gebracht haben, stehen nun vor dem Ruin.

Die Gewalttäter sind in der Minderheit, bestimmen allerdings wegen der spektakulären Bilder in den Nachrichten die Optik der Proteste. Es haben sich bewaffnete kommunistische Hoilongs unter die Demonstranten gemischt. Sie haben Baseballschläger dabei. Auch rechte Skinheads sind gekommen, durchtrainierte Randalierer mit Furcht einflößenden Tätowierungen, die sich einen zweifelhaften Spaß daraus machen, die Polizisten zu provozieren. Die pazifistischen Demonstranten versuchen sie zu isolieren. Als das scheitert, dokumentieren sie das Treiben der linken und rechten Banden und stellen die Aufnahmen ins Netz. Es ist ihre Form der Distanzierung vom Missbrauch der Demonstrationen. Die große Mehrheit der Protestierer ist friedlich.

Am Abend spricht Dilma Rousseff zur Nation. Endlich. Lange hat die Präsidentin geschwiegen, es bei kurzen Verlautbarungen gelassen. Ein hektisch zusammengebastelter Aktionsplan soll den brasilianischen Wutbürger besänftigen. Sie gibt sich verständnisvoll und reicht den Demonstranten verbal die Hand: „Die Stimme der Straße muss gehört und respektiert werden. Sie darf nicht



Schluss mit der Korruption und der Verschwendung: Jugendliche in Rio de Janeiro demonstrieren gegen die Regierung

Brasiliens wütende Jugend

Nicht radikale Randalierer tragen den Protest, sondern die junge, gebildete Mittelschicht. Sie fühlt sich um ihre Zukunft betrogen

verwechselt werden mit dem Krach und der Grausamkeit einiger Krawallmacher.“ Sie trägt ein gelbes Kostüm, vielleicht haben ihre Berater ihr das gesagt. Die Farbe soll beruhigend wirken.

Rousseff ist eine Freundin großer Pläne. So verspricht sie, dass endlich ein Programm zur Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs entwickelt werde und außerdem ein bestimmter Anteil aus den Öleinnahmen verpflichtend in die Bildung investiert wird. Die medizinische Versorgung soll mithilfe ausländischer Fachkräfte verbessert werden. „Blablabla“, so kommentiert es später ein Nutzer in Brasiliens sozialen Netzwerken. Schnell und unerbitlich senkt die junge Protestgeneration ihren Daumen, als sie die Rede der Präsidentin hört. „Wieder nur Versprechungen. Dilemma verteilt Beruhigungspillen“, schreibt jemand anders im Internet. Rousseff steckt in der Glaubwürdigkeitsfalle, Versprechungen unter Druck wirken nicht authentisch. Inwieweit sich Rousseffs Rede an die Nation tatsächlich beruhigend auf die empörten Brasilianer auswirkt, muss das Wochenende zeigen. Für den heutigen Sonntag sind weitere Proteste im ganzen Land angekündigt.

Rousseffs Rede ähnelt überraschender Versprechungen von Venezuelas Präsident Nicolás Maduro, als er vor einigen Wochen die Proteste Hunderttausender Venezolaner in den Griff bekommen wollte. In Venezuela waren es keine Fahrpreiserhöhungen, sondern Begleiterscheinungen der Präsidentschaftswahl, die das Land bewegten. Venezuelas Opposition, die überwiegend aus einer frustrierten Mittelschicht besteht, erkennt den Wahlsieg des linkspopulistischen Zöglings von Hugo Chávez bis heute nicht an. Die Menschen haben selbst erlebt, wie in Hochburgen der Opposition Menschen von bewaffneten sozialistischen Milizen an der Stimmabgabe gehindert wurden. Wie Tote auf der Wählerliste landeten und tatsächlich ihre Stimme abgaben. Wie der sozialistische Präsident auch dann nur hauchdünn gewann. Sie sind auf die Straße gegangen und haben als Protest mit Löffeln auf Kochtöpfe geschlagen. Tagelang. Maduro versprach noch mehr Ärzte aus Kuba und noch mehr Geld für Infrastruktur, Gesundheit und Bildung. Doch bis heute ist die Lage in Venezuela angespannt.

Schließlich schwappte die Protestwelle nach Buenos Aires über. Eine Million

Menschen versammelten sich im Zentrum der Stadt, um gegen die Linksregierung von Cristina Kirchner zu protestieren. „Die Korruption ist das Krebsgeschwür des Landes“, hieß es auf Transparenten der jungen Argentinier. Auch sie schlugen mit Löffeln auf Töpfe. Kirchner sagte erst nichts, dann ließ sie E-Mails an die Öl- und Erdgas-Unternehmen des Landes verschicken. Die Produktion müsse angekurbelt werden, um neue Sozialprogramme aufzulegen.

Vor ein paar Monaten trafen sich Maduro, Kirchner und Rousseff in Venezuelas Hauptstadt Caracas. Sie alle weinten am Sarg des verstorbenen Präsidenten Chávez bittere Tränen. Er war der Vater der modernen linken Bewegungen Lateinamerikas, welche die Armen in den Mittelpunkt stellte – und die Mittelschicht vergaß. Die geht nun auf die Straßen: zuerst in Caracas, dann in Buenos Aires und nun in São Paulo und Rio.

In der nordbrasilianischen Stadt Belém sind allein in den letzten Tagen 25 Babys wegen Überbelegung und mangelnder Hygiene in Krankenhäusern gestorben. Im Hospital „Santa Casa de Misericórdia“ werden monatlich etwa 600 Geburten begleitet, aber es verfügt

Zwei Clowns gegen den Präsidenten

Ägyptens TV-Star Bassem Youssef wird von Staatschef Mursi bedrängt. Nun kam Verstärkung: US-Komiker Jon Stewart

Natürlich stellt Bassem Youssef seinen Stargast nicht einfach so vor. Wenn der berühmteste Satiriker der arabischen Welt den berühmtesten Satiriker Amerikas zu Gast hat, wird jeder Satz zu einer politischen Aussage.

Bassem Youssef zieht seine rechte Augenbraue gefährlich hoch und legt seine Stirn in Falten, als er seinem Publikum die bittere Nachricht überbringt:

VON AMIRA EL AHL
IN KAIRO

„Der Präsident hat recht, das Land steht großen Gefahren gegenüber und ja, es gibt Kollaborateure und auch Spione.“ Einen davon hätten er und seine Kollegen der Satire-Show „al-Bernameg“ („Das Programm“) fassen können: „Einen der wichtigsten internationalen Spione überhaupt.“ Der wird nun heringebracht, fest im Griff zweier Muskelmänner und mit einem schwarzen Sack über dem Kopf. Dann wird er enthüllt: der US-Komiker Jon Stewart, der sich genauso gern über Politik lustig macht wie sein ägyptischer Gastgeber Youssef. Doch normalerweise wird der

Ägypter wie ein Verbrecher behandelt: Immer wieder wurde Youssef mit staatlichen Repressalien bestraft, wenn er sich über Ägyptens neuen islamistischen Präsidenten Mohammed Mursi lustig machte. Davon lässt sich Youssef nicht unterkriegen. Ganz Ägypten verfolgt den Zweikampf seit Wochen, und die Einladung an den US-Kollegen Stewart ist ein neuer Schlag des freiheitlichen Witzemachers – Stewart hatte Youssef in seiner amerikanischen Show immer wieder in Schutz genommen und als Person ist Jon Stewart erst recht eine Provokation für die regierenden Islamisten in Ägypten: Amerikaner, Jude, Satiriker. Ein Staatsfeind hoch drei, die ideale Verstärkung für Youssef.

Er fühle sich durch die Einladung nach Kairo geehrt, beginnt Jon Stewart an diesem Abend, „und ich habe etwas Wichtiges zu verkünden, eine große Ehre: Euer Präsident hat mich zum neuen Bürgermeister von Luxor ernannt.“ Passend dazu zeigt er auf seinen Bart, den er seit Neuestem trägt. „Ich bin jetzt ein Muslimbruder.“ Erst kürzlich hatte der Präsident einen Ex-Terroristen zum neuen Gouverneur von Luxor ernannt – ausgerechnet dort hatte dessen Terrorgruppe in den 90er-

Jahren 62 Touristen ermordet. So etwas geht heute in Ägypten.

Die Show von Bassem Youssef begann in einer Zeit, in der die Bevölkerung auf ein neues, besseres Ägypten hoffte. Am 8. März 2011 lud er das erste Mal ein Video bei YouTube hoch. Damals hieß die Sendung noch B+. Aufgenommen hatte Youssef sie in der Wäschekammer seiner Wohnung. Er hatte genug von der Desinformation des ägyptischen Fernsehens während der Proteste gegen den seit 1981 autokratisch regierenden Präsidenten Husni Mubarak. Also fing Youssef an, mit Satire seinem Frust Luft zu machen. Wie er fühlte viele in Ägypten. Nach nur sieben Videos und in weniger als zwei Monaten hatten sich fünf Millionen Menschen seine Satire-Show angesehen. Das Fernsehen engagierte ihn und heute ist „al-Bernameg“ die meistgesehene Show in der arabischen Welt. Allein in Ägypten schauen 30 Millionen Menschen zu, wenn sich Youssef freitags abends über die Politik lustig macht. Das ärgert den Präsidenten erst recht.

„Bringt dich deine Satire oft in Schwierigkeiten?“, fragt Bassem Youssef seinen amerikanischen Gast, und Jon Stewart antwortet: „Definitiv nicht in solche Schwierigkeiten wie dich!“ Darauf

Youssef: „Aber du bist nah dran. Schließlich bist du jetzt im Nahen Osten.“

Bassem Youssef weiß, wovon er redet. Im März wurde er vom Generalstaatsanwalt vernommen, weil er den Präsidenten und den Islam verunglimpft habe. Er kam auf Kautionsfrei, aber kurz darauf wurde wieder Anzeige gegen ihn erstattet. Er habe den diplomatischen Beziehungen zu Pakistan geschadet, Atheismus propagiert und den Generalstaatsanwalt beleidigt. Youssef hatte sich in seiner Show über eine Rede Präsident Mursis an einer pakistanischen Universität lustig gemacht. Zur Vernehmung erschien der Satiriker in einer übergroßen Kopie des Hut, den der Präsident in Pakistan getragen hatte.

Das war der Moment, in dem die Freundschaft zu dem Kollegen in Amerika entstand. Jon Stewart schlug sich damals in seiner Sendung auf die Seite Youssefs. „Bassem ist angeklagt, weil er sich über den Hut und das schlechte Englisch seines Präsidenten lustig gemacht hat“, erklärte Stewart seinem Publikum. „Mit so was habe ich acht Jahre lang meine Karriere bestritten.“ Dann wandte er sich an Mursi persönlich: „Einen Komiker zum Schweigen zu bringen qualifiziert sie nicht zum Präsidenten

nur über 67 Betten. Laut Ärztegewerkschaft führt der Mangel an Personal dazu, dass sich ein einziger Arzt um bis zu 20 Neugeborene gleichzeitig kümmern muss. Weil die Säuglinge auf engstem Raum zusammengelegt werden, entstehen tödliche Infektionen.

Während die Meldung aus Belém die Runde in den brasilianischen Medien macht, stellt jemand ein altes Interview mit Ex-Weltfußballer Ronaldo ins Internet. „Mit Krankenhäusern kann man keine WM spielen“, sagt der Weltmeister von 1994 und 2002. Natürlich sind die Worte etwas aus dem Zusammenhang gerissen, aber nun trifft die Frohnatur des brasilianischen Fußballs der ganze digitale Zorn der Mittelschicht. Die Menschen verspotteten das Aufsichtsratsmitglied des Organisationskomitees, das den Bau neuer Stadien verteidigen wollte. Ronaldo sollte die Symbolfigur des Turniers sein. Er ist es nun auch, aber anders, als sich das die Macher vorgestellt haben. Die Episode zeigt, wie weit sich die Manager des neuen Brasiliens und die Mittelschicht auseinandergelebt haben.

Den Preis der Sozialprogramme von Linksregierungen in Brasilien, Argentinien oder Venezuela zahlt die Mittelschicht. Seit mehr als einem Jahrzehnt. An die Stelle von Begeisterung und Euphorie, die Chávez' Ansatz auslöste, sind Ernüchterung und Wut getreten. Weil die Universitäten verrotten, die Krankenhäuser verschimmeln und Kuba gar nicht so viele Ärzte ausbilden kann, wie in Venezuela und bald auch noch Brasilien gebraucht werden.

Das schlimmste Übel aber ist die Korruption. In Venezuela geben sich hohe Parteifunktionäre nicht einmal die Mühe, ihren neuen Reichtum zu verstecken. Sie fahren die teuersten Autos, besitzen die neuesten Smartphones und feiern rauschende Partys in ihren Luxusapartments. Ihnen kann die absurd hohe Inflation von gefühlt nahezu 40 Prozent nichts anhaben, die Mittelschicht aber ächzt unter der Last der staatlichen Misswirtschaft.

In Brasilien sind es die absurden Kosten für die Stadion-Prachtbauten, die das Volk wütend machen. Die nagelneue Arena in der Hauptstadt Brasilia zählt zu den fünf teuersten Arenen der WM-Geschichte, hat das Fachblatt „Lance“ errechnet. Doch in Brasilia gibt es keine Profimannschaft, die nach der WM das Stadion füllen könnte. Ähnliches gilt für die Amazonas-Metropole Manaus. Auch hier sollte es unbedingt WM-Fußball in einer Spitzenarena geben. Doch auch hier versammeln sich normalerweise gerade einmal 1000 Zuschauer, wenn die Heimmannschaft antritt. Verdient haben an den Prachtbauten korrupte Politiker und windige Bauunternehmer.

„Ich bin nicht gegen die Olympischen Spiele und die WM“, sagt Antônio da Costa, dessen Menschenrechtsorganisation „Rio de Paz“ sich für ein friedliches Rio de Janeiro einsetzt. „Aber es wäre für die Menschen hier besser gewesen, man hätte den Etat geteilt – eine Hälfte für Sportstätten und Infrastruktur, die andere für nachhaltige Entwicklungs- und Bildungspolitik.“ Er und seine Aktivisten werden weiter demonstrieren, verspricht da Costa. „Wir werden auf die Straße gehen, bis die Politik unsere Botschaft verstanden hat. Wir wollen einen echten Wandel.“